

Workshop „Was tun?“*Was meinen wir, wenn wir von Demokratie sprechen?*

Es gibt einige Kriterien, die erfüllt werden müssen:

- Die politische Führung wird in geheimen, freien und fairen Wahlen bestimmt und kann auf diesem Wege auch wieder entfernt werden. Dies beinhaltet auch, dass eine tatsächliche Wahlmöglichkeit bestehen muss (keine willkürliche Behinderung des passiven Wahlrechts) und auch der Zugang gewährleistet sein muss (möglichst breiter Zugang zu Wahlmöglichkeiten, ausreichende Wahlinformation, kein Ausschluss von Bevölkerungsgruppen), sowie dass der Ausgang nicht bereits zuvor feststehen darf (Unterbindung von Wahlmanipulation)
- Die staatlichen Gewalten weisen eine Trennung auf, aufgrund derer sie sich gegenseitig kontrollieren können. Neben Exekutive, Legislative und Judikative müssen auch Meinungs- und Medienfreiheit garantiert sein (zivilgesellschaftliches Engagement und freie/unabhängige Berichterstattung als weitere Korrektive; im Idealfall begünstigt durch Informationsfreiheit).
- Menschen-, Grund- und Freiheitsrechte müssen nicht nur anerkannt, sondern auch durchgesetzt werden, bzw. durchsetzbar sein.
- Die Herrschaft der Mehrheit muss durch Minderheitenrechte ergänzt werden (sowohl parlamentarisch, als auch außerparlamentarisch)

Zusammengefasst bedeutet dies, dass es nicht allein um formale Kriterien geht (das stalinistische Russland hatte eine vorbildliche Verfassung), sondern auch um die gelebte demokratische Praxis. Die demokratische Weise, Konsens herzustellen und Konflikte zu lösen (oder zumindest zu entschärfen) bedeutet in komplexen, hoch technologischen Gesellschaften, dass diese Prozesse eine gewisse Zeit benötigen, außerdem entsprechen geschultes Personal, sowie entsprechende gesetzliche Grundlagen. Diese „Schwerfälligkeit“ politischer Prozesse führen Gegner:innen von Demokratien gerne als Beleg für deren „Ineffizienz“ an. Autoritäre und diktatorische Systeme stellen sich so als überlegen dar, wenn sie nicht gleich dazu übergehen, demokratischere Systeme zu destabilisieren (Desinformation) oder anzugreifen (mit Cyberattacken oder Waffengewalt). Aber auch innerhalb von Demokratien gibt es Versuche, diese abzuschaffen – populistische Strömungen (von Bolsonaro bis Trump) versuchen mit ihrem Führerkult den Staat in Richtung autoritärer Herrschaft zu lenken, in der angeblich alles „weniger kompliziert“ sei (der NS bezeichnete den Reichstag bekanntlich als „Quatschbude“, den sie nur eroberten, um ihn zu eliminieren).

Es besteht die reale Gefahr, dass Demokratien durch Indienstnahme ihrer eigenen Instrumente, also „auf demokratischem Wege“ abgeschafft werden.

Besonders groß ist diese, wenn es nicht nur Gruppierungen gibt, die die Macht übernehmen und alles „umkrepeln“ wollen, sondern wenn auch die Bevölkerung „demokratiemüde“ ist. Nicht nur, wenn ständig bewusst und strategisch auf vermeintliche Nachteile der Demokratie verwiesen wird, sondern auch unwillentlich, wenn Politik zum Spektakel verkommt. Beliebt sind dann die (meist

männlichen) „Quereinsteiger“ und „starken Charaktere“, die sich über Konventionen hinwegsetzen (sich verkleiden und „bunga-bunga“ Parties feiern), die stellvertretend „die Sau rauslassen“ und die ganze mühsam zivilisatorisch abgenötigte Selbstkontrolle über Bordwerfen. Dies führt dann auch dazu, dass auch die Medien ihre Kontrollfunktion aufgeben und den Publikumsgeschmack entgegenkommen, indem sie statt über Inhalte zu berichten „personalities“ servieren. Diese Unfähigkeit, Politik als Entität zu begreifen, die zwar von Einzelpersonen mitbestimmt wird, aber auch von anonymen und systemischen Prozessen gekennzeichnet ist, befördert auch das Denken in Verschwörungsmythen, in dem mächtigen (meist jüdischen“ Einzelpersonen unbeschränkte Kontrolle zugeschrieben wird.

In den wenigsten Ländern sind die Eingangs skizzierten Kriterien vollumfänglich realisiert (von fehlender Transparenz bis hin zum indirekten Ausschluss von Bevölkerungsgruppen und Einflussnahme etwa durch „Gerrymandering“), und auch beim Blick in die Geschichte lassen sich kaum „Vorzeigedemokratien“ finden.

Bereits die antike Demokratie basierte nicht nur auf Sklaverei, sondern dem Ausschluss von Frauen (also der Hälfte der Bevölkerung). In den USA, der ältesten durchgehend bestehenden Demokratie, gab es bis in die 1960er Jahre die gesetzliche festgeschriebene Diskriminierung von African Americans und auch nach deren Abschaffung besteht sie informell bis heute fort (in Bildungssystem, Arbeitsmarkt, etc.). In der Schweiz wiederum wurde das Frauenstimmrecht erst 1971 formell eingeführt (in einem Kanton dauerte das bis 1990).

All diese Verbesserungen und Erweiterungen demokratischer Elemente bedeuten aber nicht dass wir es bei der Entwicklung von Demokratien mit strikt linearen Prozessen zu tun hätten – weder dem Abfall von einem Ideal (das nie existiert hat), noch einer stetigen Annäherung an dieses. Es gibt Episoden der Entdemokratisierung ebenso, wie sprunghaftes Erringen demokratischer Möglichkeiten (die teilweise opferreich erkämpft werden mussten).